

Karl Christian Führer

Projektskizze (Oktober 2012)

Heinz Kluncker als Vorsitzender der ÖTV 1964 – 1982

Heinz Kluncker war zumal in den 1970er Jahren einer der prominentesten deutschen Gewerkschafter. Neben Eugen Loderer, dem Vorsitzenden der IG Metall, präsentierten die Medien Kluncker immer wieder als ‚den mächtigsten‘ Gewerkschaftsführer des Landes. Hinter diesem Image von Macht standen nicht nur die eindrucksvollen und stark wachsenden Mitgliederzahlen der ÖTV in den 1960er und 1970er Jahren. Zur ikonischen Figur wurde Kluncker vor allem in den Tarifverhandlungen der Jahre 1970 und 1974, die beide mit mehr als zehn-prozentigen Lohnsteigerungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes endeten. Diesen gewerkschaftlichen Erfolg, der 1974 auch durch einen kurzen Streik zustande kam, nahm die allgemeine Öffentlichkeit äußerst zwiespältig auf. Neben Bewunderung für Klunckers Durchsetzungskraft stand scharfe Kritik: Die ÖTV greife letztlich dem Steuerzahler in die Tasche; sie treibe den deutschen Staat weiter in die Schuldenwirtschaft und arbeite mit ‚erpresserischen‘ Mitteln, weil sie durch Streik lebensnotwendige öffentliche Einrichtungen wie die Müllabfuhr, die Flugsicherung oder die Elektrizitätswerke lahmlegen könne.

Den Rücktritt von Bundeskanzler Willy Brandt kurze Zeit nach dem Tarifabschluss von 1974 deuteten viele dieser Kritiker als Bestätigung ihrer Position: Brandt sei vor allem wirtschaftspolitisch an der ÖTV gescheitert und habe die Spionageaffäre nur benutzt, um diesen eklatanten Misserfolg eines Sozialdemokraten im Umgang mit einer Gewerkschaft politisch zu verdecken. Brandt selbst dementierte diese Deutung zwar mehrfach ganz ausdrücklich; dennoch wurde sie Teil der allgemeinen historischen Erinnerung. Noch bei Klunckers Tod im Jahr 2005 erinnerte *Der Spiegel* an seinen Ruf als „Königsmörder“ des Jahres 1974.

Das geplante Projekt will die Arbeit von Heinz Kluncker als Gewerkschaftsführer untersuchen, um die besondere Position und die besonderen Probleme der ÖTV als Interessenvertretung von Beschäftigten, die für den Staat arbeiten, grundlegend und differenziert zu untersuchen: Tarifpartner sind hier eben nicht private Unternehmer, sondern die Bundesrepublik, die Länder und Gemeinden und damit letztlich die Gemeinschaft der Staatsbürger und Steuerzahler. Diese Struktur bedingt auch ein ungewöhnlich großes Interesse

der allgemeinen Öffentlichkeit für Tarifverhandlungen, Lohnabschlüsse und insbesondere Arbeitskämpfe, weil Ausstände im öffentlichen Dienst das Alltagsleben der Bürger direkter tangieren können als Streiks in Privatunternehmen.

Unter den konkreten Umständen der 1970er Jahre kam eine weitere Besonderheit hinzu: Politische Verantwortung für die Tarifabschlüsse mit der ÖTV trugen gerade Sozialdemokraten. Wie fast alle DGB-Gewerkschaften dieser Zeit war auch die ÖTV stark sozialdemokratisch orientiert; Kluncker selbst war Parteimitglied und hatte seine berufliche Karriere als SPD-Funktionär in Hamburg begonnen. Die vielfach scharfe öffentliche Kritik zumal an den Tarifabschlüssen von 1970 und 1974 fand auch hier Nahrung: Der Sozialdemokrat Willy Brandt, so schien es den einen, scheute den Konflikt mit der ÖTV wegen dieser politischen Nähe zwischen Partei und Gewerkschaft; andere meinten Brandt sei einer politischen Intrige zum Opfer gefallen, d. h. der ÖTV-Vorsitzende habe Abstriche an seinen Forderungen verweigert, um dem innerparteilich umstrittenen Kanzler zu schaden,

Wissenschaftliche Untersuchungen, die diese zeitgenössischen Anklagen und Deutungen überprüfen, liegen bislang nicht vor. Ebenso fehlen Studien, in denen die besondere Stellung der ÖTV und ihrer Führung zwischen Staat, Öffentlichkeit und Sozialdemokratie das besondere Verhältnis mit geschichtswissenschaftlichen Methoden beleuchtet wird. Das geplante Projekt will diese empfindliche Lücke, die gerade einen der zentralen Aspekte der bundesdeutschen Gewerkschaftsgeschichte betrifft, schließen, indem sie Heinz Klunckers gewerkschaftliche Arbeit in ihren Voraussetzungen, Strategien und Folgen detailliert untersucht.

Auf diese Weise soll eine Studie entstehen, die exemplarisch deutlich macht, wo die besonderen Aufgaben, Probleme und Handlungsmöglichkeiten einer Gewerkschaft liegen, die Beschäftigte des Staates organisiert und vertritt. Dabei wird ausdrücklich auch eine umfassende sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Kontextualisierung der Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst angestrebt, d. h. es soll versucht werden, die zeitgenössische Kritik an den angeblich inflationär wirkenden Tarifvereinbarungen insbesondere der Jahre 1970 und 1974 in ihrer Berechtigung möglichst genau zu überprüfen. Auch die Frage, welche Bedeutung die Lohnpolitik für den öffentlichen Dienst in der Geschichte der staatlichen Schuldenwirtschaft in der Bundesrepublik (die in Bund, Ländern und Gemeinden in den späten 1960er Jahren begann) hatte, soll eingehend behandelt werden.

Klunckers langjährige Arbeit als Vorsitzender der ÖTV eignet sich zugleich, um das Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Gewerkschaftsarbeit sowie Staat und Gesellschaft auch noch an Hand von zwei weiteren wichtigen Aspekten zu beleuchten. Zum einem waren die 1960er und 1970er Jahre eine Phase, in der die öffentlichen Dienste sowohl stark expandierten als auch gezielt modernisiert wurden. Diese Entwicklung, die auch neue und teilweise hochqualifizierte Berufsfelder entstehen ließ, stellte die ÖTV vor große Herausforderungen. Als Gewerkschaft stand sie seit je vor der Aufgabe, eine sehr ungleiche Gruppe von Beschäftigten zu organisieren und zu vertreten. Die Konkurrenz von kleinen Berufsverbänden sowie auch der DAG gewann mit der weiteren Differenzierung des öffentlichen Dienstes nun noch einmal an Intensität. Die Frage, wie es der ÖTV trotz dieser fraktionierenden Tendenzen gelang, weiter stark zu wachsen, gehört daher zwingend in eine Darstellung, die darauf abzielt, gerade die Verflechtung zwischen gewerkschaftlicher Arbeit und gesellschaftlicher Entwicklung deutlich zu machen.

Zum anderen spielte Heinz Kluncker in den internationalen Beziehungen der bundesdeutschen Gewerkschaften insofern eine besondere Rolle, als er bereits 1965 Kontakte mit osteuropäischen Gewerkschaftsfunktionären aufnahm. Mitten im Kalten Krieg verstießen diese Reisen in die CSSR und nach Moskau nicht nur gegen Beschlüsse des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften; sie waren auch nur in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt möglich. Zu fragen wäre hier, wie Kluncker zu dieser Rolle als Pionier einer neuen Ostpolitik kam, die statt auf propagandistische Abgrenzung auf Kontakt und Meinungsaustausch setzte, welche Erfahrungen er bei seinen Ostkontakten machte und wie die so gewonnenen Einsichten auf die außenpolitische Strategie der SPD einwirkten, die dann nach 1969 zur offiziellen Politik der Bundesrepublik wurde.

Der Fokus der geplanten Studie soll also deutlich auf Kluncker in seinen Jahren als Vorsitzender der ÖTV liegen. In angemessener, möglichst knapper Form sollen diese Jahre allerdings biografisch eingebettet werden – nicht im Interesse eines Personenkultes, sondern dezidiert eher, um die zeitgeschichtlichen und sozialhistorischen Hintergründe an Hand einer persönlichen Biografie plastisch zu schildern.